Vertrag

über

den Verkauf des Straßenbeleuchtungsnetzes

zwischen

EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH
Schelmenwasenstraße 15
70567 Stuttgart

(nachstehend „EKB“ genannt)

und

Gemeinde Reichenbach/Fils
Hauptstraße 7
73262 Reichenbach/Fils

(nachstehend „Kommune“ genannt)

(zusammen nachstehend „**Vertragspartner**“ genannt)

Der zwischen der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG als Vorgängerunternehmen der EnBW Regional AG und der Kommune am 30.12.92/25.01.93 abgeschlossene Konzessionsvertrag und die zugehörigen Straßenbeleuchtungs-Richtlinien endeten mit Ablauf des 31.12.2012. Die EnBW Regional AG hat das Eigentum an dem Straßenbeleuchtungsnetz am 01.07.2007 auf die EKB übertragen.

Die Kommune wird das Straßenbeleuchtungsnetz von der EKB käuflich erwerben. Um einen geordneten Übergang des Straßenbeleuchtungsnetzes herbeizuführen, treffen die Vertragspartner hierfür folgende Regelungen:

§1 Kaufgegenstand

- (1) Die EKB verkauft und übereignet mit Wirkung zum Übergabezeitpunkt gemäß § 3 Abs. 1 an die Kommune nach Maßgabe dieses Vertrages das sich auf der Gemarkung der Kommune in ihrem Eigentum befindende Straßenbeleuchtungsnetz (alle Tragsysteme und Stromkreisleitungen, im Freileitungsnetz bis zu den Abspannisolatoren, im Kabelnetz bis zu den Sicherungskästen inklusive Sicherungselemente der Einzelbrennstellen und inklusive Schaltstellen).
- (2) Sofern zwischen der Unterzeichnung dieses Vertrages und dem Übergabezeitpunkt von der EKB noch neue zum Kaufgegenstand zählende Straßenbeleuchtungsanlagen errichtet werden, wird dies zuvor mit der Kommune abgestimmt, sofern kein unverzügliches Handeln geboten ist.
- (3) Zwischen dem 01.01.2013 und dem Übergabezeitpunkt neu errichtete und zum Kaufgegenstand zählende Straßenbeleuchtungsanlagen werden ebenfalls zum Übergabezeitpunkt gegen Erstattung der nachgewiesenen Herstellkosten (zusätzlich zum Kaufpreis nach § 2 Abs. 1) an die Kommune verkauft und übereignet. Dies gilt auch für bestehende Straßenbeleuchtungsanlagen, die in dem Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum Übergabezeitpunkt ganz oder teilweise durch neu errichtete Straßenbeleuchtungsanlagen ersetzt werden (Erneuerung).
- (4) Zusammen mit dem Kaufgegenstand wird die EKB die vorhandene technische Anlagendokumentation des Kaufgegenstands an die Kommune übermitteln. Hierzu zählen insbesondere Bestands- und Betriebspläne sowie das Leuchtstellenverzeichnis.

§ 2 Kaufpreis

- (1) Der Kaufpreis für den Kaufgegenstand gemäß § 1 Abs. 1 beträgt 347.669 Euro (in Worten: dreihundertsiebenundvierzigtausendsechshundertneunundsechzig Euro) zzgl. Umsatzsteuer in Höhe von 66.057 Euro insgesamt somit 413.726 Euro (in Worten: vierhundertdreizehntausendsiebenhundertsechszwanzig Euro). Bei der Kaufpreisermittlung wurden solche Leistungen, die die Kommune im Zusammenhang mit dem Kaufgegenstand in der Vergangenheit bereits erbracht hat, in Abzug gebracht.
- (2) Über den Kaufpreis nach § 2 Abs. 1 sowie den Erstattungsbetrag nach § 1 Abs. 3 legt die EKB der Kommune jeweils eine den steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechende Rechnung vor. Der Kaufpreis ist am **TT.MM.JJJJ** und der Erstattungsbetrag nach § 1 Abs. 2 ist nach Abrechnung, frühestens jedoch 2 Wochen nach Erhalt der jeweiligen Rechnung zur Zahlung fällig und auf das Konto der EKB Nr. 258 49 71 bei der BW-Bank BLZ 600 501 01 zu überweisen.
- (3) Der Kaufpreis gemäß vorstehendem Absatz 1 unterliegt der nachträglichen Reduzierung, wenn
 - a. ein Gericht der ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit in einem Verfahren zwischen der EKB und einer anderen Mitgliedskommune des Neckar-Elektrizitätsverbands (NEV) rechtskräftig feststellt, dass die von der EKB als ihr Eigentum behandelten Bestandteile des Straßenbeleuchtungsnetzes nicht in ihrem Eigentum stehen, und wenn eine entsprechende Anwendung dieser Grundsätze auf die Straßenbeleuchtungsanlagen in der Kommune zum Ergebnis führt, dass die EKB bei Abschluss des vorliegenden Vertrages ganz oder teilweise nicht Eigentümer des Kaufgegenstandes war, oder wenn
 - b. zwischen der EKB und einer anderen Mitgliedskommune des NEV seit dem 01.01.2013 ein für die betreffende Kommune günstigeres Vorgehen bei der Kaufpreisermittlung, soweit sich dieses auf eine andere Methodik der Kaufpreisermittlung und/oder die zu Grunde gelegten Nutzungsdauern bezieht, einvernehmlich vereinbart oder durch ein Gericht der ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit rechtskräftig festgestellt wird, dessen entsprechende Anwendung unter Berücksichtigung entgegenstehender Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien

zu einer Reduzierung des von der Kommune vorliegend an die EKB zu zahlenden Kaufpreises führen würde.

Das Anpassungsrecht gemäß lit. a. und b. besteht für die Kommune ausschließlich unter der Voraussetzung, dass sie der EnBW AG, einem mit ihr gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen oder deren Rechtsvorgänger, Straßenbeleuchtungsanlagen zu einem früheren Zeitpunkt unter Anwendung der Grundsätze des Vertrags zwischen dem NEV und der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG über die Übernahme von Straßenbeleuchtungsnetzen in den Kommunen des Versorgungsgebiets der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG vom 15./18.02.1952 übertragen hat. Im Fall einer Kaufpreisreduzierung gemäß lit. a wird der Kaufpreis unter Außerachtlassung derjenigen Teile des Straßenbeleuchtungsnetzes, die bei Abschluss des vorliegenden Vertrages nicht im Eigentum der EKB standen, neu ermittelt. Im Fall einer Kaufpreisreduzierung gemäß lit. b. wird der Kaufpreis unter Anwendung des von der EKB abweichend mit der anderen NEV-Mitgliedskommune vereinbarten oder durch ein Gericht der ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit rechtskräftig festgestellten Vorgehens neu ermittelt. Die Kaufpreisanpassungen gemäß vorstehend lit. a und lit. b kommen unabhängig voneinander, und damit ggf. kumulativ, zur Anwendung. Eine sich aus der Neuermittlung des Kaufpreises ergebende Differenz hat die EKB zugunsten der Kommune auszugleichen. Der Ausgleichsbetrag ist vom Zeitpunkt der Zahlung des ursprünglich geschuldeten Kaufpreises mit einem Zinssatz in Höhe von 5,5 % p.a. zu verzinsen. Eine Kaufpreisanpassung findet in Fällen des lit. a. nur statt, wenn es innerhalb von 5 Jahren nach Abschluss der vorliegenden Vereinbarung zu einem erstinstanzlichen Endurteil eines zuständigen Gerichts der ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit mit dem beschriebenen Inhalt gekommen ist. Eine Kaufpreisanpassung findet in den Fällen des lit. b. nur statt, wenn eine entsprechende abweichende Vereinbarung oder erstinstanzliche Feststellung im Endurteil eines zuständigen Gerichts der ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit innerhalb von 5 Jahren nach Abschluss der vorliegenden Vereinbarung zustande kommt. Die Parteien sind verpflichtet, sich über Umstände, die zu einer Kaufpreisreduzierung führen können, wechselseitig zu informieren.

§ 3

Eigentums- und Besitzübergang

- (1) Die EKB und die Kommune sind sich darüber einig, dass das Eigentum und der Besitz am Kaufgegenstand und den Anlagen nach § 1 Abs. 2 zum TT.MM.JJJJ (*Datum der Kaufpreisfälligkeit gemäß § 2 Absatz 2 Satz 2*), frühestens jedoch mit Eingang des Kaufpreises nach § 2 Absatz 1, an die Kommune übergehen (Übergabezeitpunkt). Ist die Entflechtung des Kaufgegenstandes gemäß § 4 erforderlich, weil das Strom- und Straßenbeleuchtungsnetz von unterschiedlichen Personen betrieben werden, sind sich die Vertragspartner einig, dass sowohl der Übergabezeitpunkt gemäß Satz 1 insgesamt als auch die Fälligkeit des Kaufpreises gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 erst zum nächsten Monatsersten nach Abschluss der Entflechtungsmaßnahmen eintreten und auch in diesem Fall die Eigentumsübertragung frühestens mit dem Eingang des Kaufpreises nach § 2 Absatz 1 erfolgt. Die Vertragspartner sind sich ferner darüber einig, dass die Kommune ab dem Übergabezeitpunkt rückwirkend zum 01.01.2013 in die aus dem Eigentum und Besitz des Kaufgegenstandes und der Anlagen nach § 1 Absatz 2 und 3 entstehenden Rechte und Pflichten eintritt und die Gefahr, Nutzen und Lasten rückwirkend zum 01.01.2013 von der EKB auf die Kommune übergehen, soweit dies rechtlich und tatsächlich möglich ist. Im Verhältnis zur EKB ist das gemäß nachstehend § 5 Abs. 1 zu zahlende Entgelt jedoch abschließend; aus der vorstehenden Rückwirkung ergibt sich keine Verpflichtung der Kommune zur Zahlung einer weiteren Vergütung an die EKB. Unabhängig vom Übertragungszeitpunkt obliegt der Kommune die öffentlich-rechtliche Beleuchtungspflicht nach den gesetzlichen Vorschriften. Die EKB übernimmt hierfür keine Haftung.
- (2) Bereits vor dem Übergabezeitpunkt ist die Kommune zum Zutritt bzw. zur Besichtigung des Kaufgegenstands zur Vorbereitung der Übernahme in Absprache mit der EKB berechtigt.

§ 4 Entflechtung

- (1) Die EKB hat der Kommune vor der Unterzeichnung dieses Vertrages das Entflechtungskonzept und eine unverbindliche Grobkostenschätzung übersandt und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Berechtigte Änderungswünsche wird die EKB in Anwendung des Abs. 3 berücksichtigen, wenn diese technisch möglich sind und die Maßnahmen die Entflechtung insgesamt nicht wesentlich verzögern.
- (2) Die Beauftragung der Entflechtungsmaßnahmen erfolgt durch die EKB nach deren Projektierung. Diese wird die Beauftragungen im Rahmen der bei der EnBW üblichen Kostenkalkulation vornehmen.
- (3) Die erforderlichen und angemessenen Entflechtungskosten trägt die Kommune. Die EKB stellt der Kommune nach Abschluss der Entflechtungsmaßnahmen hierüber eine den steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechende Rechnung aus, die zwei Wochen nach Zugang zur Zahlung fällig ist.
- (4) Der Betrieb des Stromnetzes und des Straßenbeleuchtungsnetzes in der Kommune durch unterschiedliche Personen setzt voraus, dass der Kaufgegenstand zuvor vollständig entflochten worden ist.

§ 5 Zustand des Kaufgegenstands, Gewährleistung

- (1) Die EKB hat den Kaufgegenstand bis zum Übergabezeitpunkt nach § 3 Abs. 1 Satz 1 in gebrauchsfähigem Zustand nach dem Stand der Technik und unter Beachtung der für Straßenbeleuchtungsanlagen einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zu erhalten. In der Zeit vom 01.01.2013 bis zum Übergabezeitpunkt werden die Kosten für die Betriebsführung von der Kommune getragen. Die EKB hat der Kommune hierfür eine Interimsvereinbarung angeboten. Die Kommune verpflichtet sich gegenüber der EKB für den Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum Übergabezeitpunkt zur Zahlung des in der Interimsvereinbarung angebotenen Entgelts für die Betriebsführung der Straßenbeleuchtungsanlagen. Dieses Entgelt beinhaltet keine kalkulatorische Miete für die Straßenbeleuchtungsanlagen.
- (2) Die EKB bestätigt, dass der Kaufgegenstand dem üblichen Stand der Technik entspricht und sichert zu, dass Sachmängel, welche die Betriebstauglichkeit des Kaufgegenstands einschränken, nicht bekannt sind und dass der Kaufgegenstand zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses frei von Rechten Dritter ist.
- (3) Den Vertragspartnern ist bekannt, dass durch den Übergabezeitpunkt nach § 3 Abs. 1 Satz 1 der Inspektionszyklus unterbrochen wird. Soweit die dabei von der EKB vorgesehene bedarfsgerechte Nachrüstung von PEN-Leitern in Stahlmasten zum Übergabezeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, wird die EKB diese auf eigene Kosten ohne Anerkennung einer Rechtspflicht innerhalb von zwei Jahren nach dem Übergabezeitpunkt vornehmen. § 3 Abs. 1 bleibt unberührt. Die Kommune wird der EKB bzw. deren Beauftragten für die erforderlichen Arbeiten Zutritt zu den Anlagen gewähren.
- (4) Für Schäden, die ausschließlich auf einer mangelhaften Standsicherheit von Masten, die von der EKB in den vorgeschriebenen Intervallen auf Standsicherheit geprüft wurden oder geprüft hätten werden müssen, beruhen, haftet die EKB nach den gesetzlichen Vorschriften für einen Zeitraum von zwei Jahren nach dem Übergabezeitpunkt und stellt bis dahin die Kommune von Ansprüchen frei, die wegen dieser Schäden gegen sie geltend gemacht werden.
- (5) Im Übrigen wird die Gewährleistung ausgeschlossen.

- (6) Soweit der EKB vertragliche oder gesetzliche Gewährleistungs- oder Schadensersatzansprüche in Bezug auf Mängel oder Schäden am Kaufgegenstand zustehen, werden diese mit Zahlung des Kaufpreises an die Kommune abgetreten. Die Kommune nimmt diese Abtretung an.

§ 6
Sonstige Vereinbarungen

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich in einem solchen Fall, die rechtsunwirksame Bestimmung im Sinne und Geiste dieses Vertrages durch eine ergänzende Regelung zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
- (3) Die Vertragspartner verpflichten sich, den wirtschaftlichen Inhalt dieser Vereinbarung vertraulich zu behandeln und gegenüber Dritten nicht mitzuteilen, sofern dem keine gesetzlichen Anforderungen entgegenstehen.
- (4) Der Gerichtsstand ist Stuttgart.
- (5) Diese Vereinbarung wird zweifach ausgefertigt. Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung.

EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH

Ort/ Datum

Unterschrift

Anlage

Mengengerüst

Zum Stand 31.12.2012

Bewertungsgebiet: Gemeinde Reichenbach/Fils

Objekte	Menge	Einheit
Straßenbeleuchtung Kabel	46028	m
Straßenbeleuchtung Freileitung	6711	m
Straßenbeleuchtung Kabelverteiler	15	St
Straßenbeleuchtung Tragsysteme	1311	St